

Zschornack (DBD/DFD):

Halten Sie es für richtig, daß wir beide agitieren müssen als Sorben?

(Michalk: Natürlich.)

Zschornack (DBD/DFD):

Es ist Angst in unserem ganzen Land, so auch bei den Sorben um ihre Zukunft.

Frau Michalk (CDU/DA):

Ich habe gesagt, daß ich es nicht für fair halte, Angst zu verbreiten. Es ist genügend Angst in unserem Land, und man sollte jetzt nicht den Sorben zusätzlich Angst machen,

(Stürmischer Beifall bei CDU/DA)

weil uns Angst nicht weiterbringt, ganz egal. Die Sorben müssen nicht als Minderheit Angst haben - verstehen Sie das?

(Unruhe im Saal)

Stellvertreter der Präsidentin Helm:

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Kunckel von der Fraktion der SPD.

Dr. Kunckel für die Fraktion der SPD:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin kein Sorbe, ich hoffe, Sie hören mich trotzdem an.

Das sorbische Volk, dessen Substanz in den zurückliegenden Jahrzehnten letztlich unter dem Einfluß einer allein seligmachenden Partei mit selbstverordnetem Wahrheitsanspruch auch in Fragen nationaler Minderheiten weiter zerstört worden ist, bedarf unserer Solidarität und Unterstützung. Die Initiative der PDS mit dieser Gesetzesvorlage ist der späte Versuch der Wiedergutmachung einer Politik, die ihren Ansatzpunkt daraus bezog, daß soziale Gleichstellung - und das wurde gerade geäußert - der Sorben, auf welchem Niveau auch immer, auch nationale Gleichberechtigung bedeutet. Dies wurde in der Öffentlichkeit als Aushängeschild vermarktet und war doch Diskriminierung. Es ist hohe Zeit, diese Diskriminierung abzubauen.

Die Fraktion der SPD unterstützt dieses Anliegen. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind die Grundwerte unserer Politik. Es ist für uns Sozialdemokraten selbstverständlich, daß das sorbische Volk als angestammte Volksgruppe in der Lausitz mit eigener Geschichte, Sprache und Kultur ein Recht auf besonderen gesetzlichen Schutz und staatliche Förderung hat, daß die Gliederung und Verwaltung des deutsch-sorbischen Gebietes in der Lausitz so zu gestalten ist, daß sie der Bewahrung und der Entfaltung des bikulturellen Charakters entsprechen, daß für öffentliche Ämter und Verwaltungen im deutsch-sorbischen Gebiet sorbische Bürger zu qualifizieren und einzustellen sind.

Es ist für uns Sozialdemokraten auch selbstverständlich, daß die sorbische Sprache im deutsch-sorbischen Gebiet im öffentlichen Leben der deutschen Sprache gleichgestellt ist, daß das sorbische Volk das Recht hat, seine Kulturgüter, Kunstwerke, Archivmaterialien und Schriften selbst zu bewahren und zu erhalten sowie in den regionalen Medien angemessen präsent zu sein, daß im deutsch-sorbischen Gebiet sorbische Bildungseinrichtungen zu unterhalten und staatlich zu fördern sind. Soweit zu einigen ausgewählten Beispielen bezüglich der Zustimmung zum Anliegen.

Nun zum Verfahren: Hier vertreten die Sozialdemokraten im Sinne der Sicherung dieses Anliegens andere Positionen. Es macht für uns keinen Sinn, jetzt bei der Regierung der DDR die

Einrichtung eines Staatssekretariats für Sorbenfragen einzuklagen beziehungsweise festzuschreiben, daß garantiert zwei Abgeordnete des sorbischen Volkes in der Volkskammer der DDR zu installieren sind, wo doch die Tage beider Instanzen gezählt sind. Vielmehr schlagen wir folgenden Weg vor:

Erstens: Schutz der Rechte und Förderung der nationalen und religiösen Minderheiten sollten nach Auffassung der SPD im Grundgesetz des vereinigten Deutschland festgeschrieben werden.

Zweitens: Entsprechende Artikel zur Gleichberechtigung und zum Schutz des sorbischen Volkes sollten in den Verfassungen der zukünftigen Länder Sachsen und Brandenburg aufgenommen werden. Mir ist bekannt, daß die entsprechenden Entwürfe dies vorsehen.

Drittens: Verabschiedung gleichlautender Gesetze zur Wahrung der Rechte der sorbischen Bevölkerung in den Landtagen beider Länder.

Und schließlich viertens: Abschluß eines Abkommens der sächsischen und brandenburgischen Regierung zur organisatorischen Umsetzung dieses Gesetzes und zur überregionalen Zusammenarbeit in diesen beiden Ländern.

Wir befürworten die Überweisung der Gesetzesvorlage in die Ausschüsse zur gründlichen Überarbeitung und zur Erstellung einer Beschlußempfehlung unter Beachtung des vorgetragenen Verfahrens.

(Stellvertreter der Präsidentin Helm: Gestatten Sie eine Anfrage?)

Ja bitte.

Frau Schubert (PDS):

Ich hätte eine Frage: Woher nehmen Sie das Gefühl, daß die Sorben sich diskriminiert gefühlt hätten, wenn wir von mehreren Sorben hier aus dem Haus gehört haben, daß dies nicht der Fall war und auch nicht ist?

Dr. Kunckel (SPD):

Ja, ich habe natürlich Kontakte zu meinen sorbischen Freunden, und mir ist das so gesagt worden. Ich hatte einleitend gesagt: Ich bin kein Sorbe. Ich hatte auch persönlich dieses Gefühl. Ich meine, daß die Politik der Vergangenheit eben natürlich das Anstreben sozialer Gleichstellung von den Sorben allein auch nicht gewünscht war, sondern daß vor allem die nationale Identität, also die nationale Gleichstellung des Volkes mit angemahnt werden mußte.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Stellvertreter der Präsidentin Helm:

Danke schön. Meine Damen und Herren! Die beschlossene Redezeit ist damit beendet. Das Präsidium schlägt vor, den Antrag der Fraktion der PDS auf Drucksache Nr. 131 zu überweisen zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Verfassung und Verwaltungsreform und zur Mitberatung an den Innenausschuß, an den Ausschuß für Kultur sowie an den Ausschuß für Bildung. Wer mit diesem Vorschlag einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke. Wer ist dagegen? - Niemand! Wer enthält sich der Stimme? - Ebenfalls keine Enthaltungen. So ist dieser Überweisung einstimmig zugestimmt worden.

(Beifall bei der PDS und vereinzelt bei der SPD)

Von der Fraktion Bündnis 90/Grüne wurde der Antrag gestellt, auch in die Ausschüsse Deutsche Einheit und für Presse und Medien zu überweisen. - Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Wer dieser Überweisung zustimmt, den bitte